

6. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich „Auffangparkplatz Blauwiese“ | Abwägungstabelle

1. Prüfung und Abwägung der vorgebrachten Stellungnahmen zur Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) zum Entwurf des zu ändernden Flächennutzungsplanes einschließlich seiner Begründung mit Stand vom 20.04.2022 fand in der Zeit vom 25.07.2022 bis 09.09.2022 statt. Während dieser Zeit konnten Stellungnahmen zu der Planung schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Lindau (B) vorgebracht werden.

Von Seiten der Öffentlichkeit gingen zum Entwurf mit Stand vom 20.04.2022 zwei Stellungnahmen ein.

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
1.0	Einwender 1 , Schreiben vom 08.09.2022	<p>Diese Änderung des FNPL stellt m. E. erneut die seit Jahren in Lindau verfolgten bauleitplanerischen Zielsetzungen in Frage. Die Bedeutung innerstädtischer Grünzonen wird wieder einmal ignoriert und kollidiert mit inzwischen allgemeingültigen Klimaschutzzielen. Dies passt auch zu der hier ebenso zum Vorschein kommenden Ignorierung ressourcensparenden Umgangs mit vorhandener Bausubstanz als wichtiges Kriterium bei der Bewältigung des Klimawandels.</p> <p>Standort:</p> <p>Die im Stadtbauamt erstellte Standortuntersuchung stammt aus dem Jahr 2020, also noch vor dem Zeitpunkt der sich inzwischen anbahnenden gewaltigen Veränderungen und Herausforderungen. Die Folgen der Corona-</p>	<p>Die Stadt Lindau ist sich der Bedeutung der innerstädtischen Grünzonen bewusst und hat bei den Anforderungen an die neu zu errichtende Mittelschule Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele höchster Priorität beigemessen, ebenso wie der Einbettung in die vorhandene Grünstruktur.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine Planänderung ist nicht erforderlich.</p>

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>Pandemie und die durch den Ukraine-Krieg ausgelöste Energie- und Rohstoffkrise verschärft die zu bewältigenden Probleme zusätzlich und verlangt deren Berücksichtigung auch in der Bauleitplanung. Die bisherige Einstellung der Verantwortlichen innerhalb der Verwaltung hierzu offenbart sich auch schon in der Tatsache, dass von den 12 untersuchten Standortmöglichkeiten allein drei innerhalb der von Bebauung freizuhaltenden Landschaftsfingern des Freiraumkonzepts der Stadt liegen.</p> <p>Entsprechend den allgemeinen Empfehlungen aus novellierten Gesetzen und aktuellen Quellen der Rechtsprechung sollen primär die Erweiterungsmöglichkeiten bestehender Einrichtungen untersucht werden. Dies ist auch hier erfolgt, m. E. Aber nur sehr oberflächlich. Eine solche Absicht ist offensichtlich auch nicht ernsthaft in Erwägung gezogen worden, da zu diesem Zeitpunkt noch in den Denkmustern der grenzenlosen Ressourcen-Verfügbarkeit gedacht wurde. Deshalb werde ich meine Stellungnahme vorrangig auf diese Alternative beschränken.</p> <p>Erweiterung:</p> <p>Da eine Verwendung des alten Schulgebäudes an der Anheggerstraße nur sehr oberflächlich überprüft und eine Erweiterung abgelehnt wird, gehe ich davon aus, dass dessen Bausubstanz abgebrochen wird, um den politisch so</p>	<p>Die Standortalternativenprüfung erfolgte in enger Zusammenarbeit mit conceptk, ein Fachbüro für pädagogische Architektur. Ziel war es einen Standort zu finden, der nicht nur die bauliche Investition, sondern auch pädagogische Anforderungen (wie z.B. Inklusion und Nachhaltigkeit) bestmöglich umsetzbar macht.</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Lindau (B) hat sich am 19.05.2021 mehrheitlich für den Standort auf dem Auffangparkplatz Blauwiese ausgesprochen. Die Auswahl der Standorte erfolgte anhand einer Bewertungsmatrix. Auch der Standort der Mittelschule Aeschach wurde anhand dieser Matrix untersucht und als ungeeignet eingestuft. Gegen den Standort sprechen die fehlende Interimsmöglichkeit während der Bauphase, fehlende</p>	

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
		<p>hoch bewerteten Neubau von Wohnungen befriedigen zu können. Die hierbei anfallenden Emissionen und die Errichtung der Nachfolgebauten wäre die maximale und ungünstigste Ressourcenverschwendung in der Lindauer Klima-Bilanz. Deshalb wäre dringend zu empfehlen, die Realisierung der Mittelschule am bestehenden Standort unter diesen Aspekten nochmals ernsthaft zu untersuchen.</p> <p>Dies wäre aufgrund der dort herrschenden Eigentumsverhältnisse durchaus möglich, denn die Stadt Lindau besitzt genau gegenüber der alten Schule in der Anheggerstraße ein unbebautes Grundstück, das z. Zt mit Container-Bauten der für den ÖPNV zuständigen Stadtwerke belegt ist. In dem immer noch nicht endgültig festgelegten Mobilitätskonzept ist die Verlegung des ZUP an den neuen Bahnhof Lindau-Reutin vorgesehen. Dadurch wäre die Erweiterungsmöglichkeit der Mittelschule vor Ort realisierbar - zudem noch in vorbildlicher Ressourcenschonender Weise und mit wesentlich geringerem finanziellen Aufwand.</p> <p>Neubau:</p> <p>Der mit der Änderung des FNPL favorisierte Standort in der Blauwiese ignoriert nicht nur die wichtige Funktion der Kaltluftschneise entlang der Ach für das Stadtklima, sondern er zerstört auch den für die Stadtstruktur beiderseits</p>	<p>Freiflächen auf dem Grundstück, die hohen Kosten des erforderlichen Abbruchs sowie die schwierige Nachbarsituation.</p> <p>Der Standort Blauwiese befindet sich im Landschaftsfinger „Im Talfächer der Ach“. In der Darstellung im Gesamtstädtischen Freiraumkonzept Lindau 2030 wurde die Fläche des Parkplatzes jedoch weiß dargestellt, da es sich primär nicht um eine Grünfläche, sondern einen Parkplatz handelt. Auch die umliegenden Wohnflächen an der Ach sind weiß als Siedlungsfläche dargestellt. Die geplante Bebauungsplanänderung und Errichtung eines Schulgebäudes steht nicht prinzipiell im Widerspruch der Zielsetzung des Landschaftsfingers. Der bisherige Parkplatz fügte sich, durch die Eingrünung relativ gut in die Umgebung ein und war in Nord-Süd-Richtung zu durchqueren. Bei der zukünftigen Ent-</p>	

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
		<p>des Bachverlaufs verbliebenen Auwald-Restbestand. Dies ist in der Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde vom 17.02.2022 eindringlich beschrieben. Dazu kommen noch Auflagen bezüglich der vorgeschriebenen Abstände der Gebäude zum angrenzenden FFH- Schutzgebiet entlang der Ach, sowie dem erforderlichen Mindestabstand zu den intensiv belasteten Obstanbauflächen an der Ostseite des Grundstücks. Diese können trotz aller Bemühungen in den Ausführungen des Umweltberichts der von der Stadt beauftragten Sieber Consult GmbH jedoch nicht ausgeräumt werden.</p> <p>Bei den Überlegungen für einen Neubau war die jetzige Nutzung des Geländes als Auffangparkplatz und Stellplatz für Campingbusse mit den dazugehörigen Service-Einrichtungen kein Thema. Obwohl dessen Erhalt für die Stadt als Touristen-Zentrum wichtig ist, fehlt in der Begründung der Standortwahl ein Hinweis wo und wie ein Ersatz für diese bisher gut funktionierende Einrichtung aussehen soll. Dies kann so nicht akzeptiert werden, da schon der Versuch einer Verlagerung dieser Nutzung in den Ortsteil Zech wegen der Proteste der dortigen Bewohner dagegen nur zeitlich begrenzt möglich wurde.</p> <p>Folgen:</p>	<p>wicklung wird dementsprechend besonderes Augenmerk auf die Ausgestaltung der Umgebung der zukünftigen Bebauung geachtet. Der Landschaftsfinger soll weiterhin erlebbar sein durch den Erhalt einer Nord-Süd Wegeverbindung. Zur Ach hin wird eine grüne Pufferzone über die verbindliche Bauleitplanung gesichert. Zudem wird bei der Grüngestaltung nach innen und außen dem Charakter „Lage im Landschaftsfinger“ entsprochen.</p> <p>Hinsichtlich des Lokalklimas ist zwischen Kaltluftproduktion und Frischluftproduktion zu unterscheiden. Beide wirken sich positiv auf das Lokalklima aus. Aufgrund der Nutzung als Parkplatz mit Versiegelung ist die Fläche nicht als hochwertige Kaltluftentstehungsfläche (wie das z.B. größere Äcker oder Wiesen mit niedriger Vegetationsdecke sind) anzusehen. Die Bildung mächtiger</p>	

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>Zu einer Entscheidungsfindung für eine Maßnahme dieser Größenordnung und Tragweite gehört auch die überschlägige Erfassung der Kosten nicht nur für den Neubau allein, sondern auch für die notwendigen Ersatz- und evtl. Ausgleichsmaßnahmen, wie hier für die Beseitigung der schon vorhandenen Parkplätze samt Begleiteinrichtungen (z.B. Schüttstelle, et c.) samt deren Unterbringung an anderer Stelle. Auch die Kosten für die Beseitigung des gesunden Baumbestands und die Kosten für Ersatzpflanzungen einschließlich Ökobilanz sind nicht erfasst. Zu letzterer fehlt auch die Stellungnahme des Klimabeirats als Beweis vorbildlicher Bürgerbeteiligung.</p> <p>Wenn man die Stellungnahmen der TÖB über die erste Auslegung liest, hätte man konsequenterweise das Änderungsverfahren zum FNPL mit dem Standort Blauwiese stoppen müssen. Die vor allem von Seiten der Umweltbehörde, des Landwirtschaftsamtes und des Naturschutzes vorgebrachten Bedenken und Hinweise sind nicht berücksichtigt, ja sie sollten in eine weitere Fassung des FNP-Änderungsentwurfs eingearbeitet werden</p> <p>Dies ist nicht erfolgt, vielleicht deshalb, weil der verantwortliche Planer feststellen musste, dass dies nicht möglich ist, weil die vorgeschriebenen Abstände zu den Gebäuden, sowohl zu den FFHFlächen entlang der Ach als</p>	<p>Kaltluftbänke, die zu einer Versorgung der umliegenden Siedlungsbereiche mit Kaltluft führen, ist hier nicht zu erwarten, auch weil die Fläche mit Gehölzen bestanden ist. Zudem ist hier nicht die Topographie gegeben, die zu einem Abfluss von Kaltluft in Siedlungsgebiete führen würde.</p> <p>Der Bereich der Ach mit Gehölzbestockung bleibt erhalten und kann so seine positive Funktion für das Stadtklima weiterhin erfüllen.</p> <p>Wegen der Durchgrünung mit Gehölzen ist die Fläche bisher in gewissem Maße als stadtklimatische Ausgleichsfläche (zur Frischluftproduktion) zu betrachten.</p> <p>Aufgrund der vorgesehenen Ein- und Durchgrünung sind diesbezüglich keine nachteiligen Auswirkungen für das Schutzgut Klima gegenüber dem Bestand zu erwarten.</p>	

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
		<p>auch gegenüber zu den Intensiv-Obstbauflächen nicht einzuhalten sind. Auch der von dem bestehenden Baumbestand ausgehende Kühleffekt im Verlauf der existierenden Kaltluftschneise findet nicht mehr statt, da Ersatzpflanzungen oder Ausgleichsflächen wegen der geplanten Gebäude nicht untergebracht werden können.</p> <p>Die z.Tl. angedeuteten Ausnahmemöglichkeiten oder evtl. vertretbaren Einschränkungen zugunsten der öffentlichen Nutzung als Schule entsprechen den üblichen allseits bekannten theoretischen Floskeln in diesen Verfahren. Sie können in diesem Fall jedoch nicht angewandt werden, da Kaltluftschneisen von den herrschenden geologischen Verhältnissen abhängen und nicht umgeleitet oder anderweitig verlegt werden können. Sie bewegen sich immer entlang der tiefsten Punkte im Stadtgebiet bewegen und dies ist in diesem Fall der Bereich der Achniederung.</p> <p>Fazit:</p> <p>In diesem Zusammenhang möchte ich auf den Beschluss des ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 24.03.2021 verweisen, der die Priorität der Erhaltung derartiger für das Stadtklima wichtiger Freiflächen unterstreicht. Dies ist in diesem Änderungsvorschlag zum FNPL nicht beachtet worden und kann auch nicht durch</p>	<p>Die erforderlichen Abstände zu angrenzenden Nutzungen werden eingehalten und im Bebauungsplan konkretisiert bzw. festgesetzt. Der Bereich der Ach mit ihren Uferflächen (FFH-Gebiet) wird von der Planung nicht berührt.</p> <p>Zur Ach hin wird ein grüner Pufferstreifen mit Gehölzen (Bestand und z.T. Nachpflanzung) definiert, der eingezäunt wird. Östlich des Grundstückes wird zur Intensivobstanlage hin eine Immissionsschutzhecke im B-Plan festgesetzt.</p> <p>Die Einhäusigkeit der neuen Mittelschule ist eine Vorgabe der Regierung von Schwaben. Ein Überqueren eine Hauptverkehrsstraße kann im Schulbetrieb nicht zugemutet werden. Zudem ist das Grundstück gegenüber der jetzigen</p>	

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>noch theoretische und geschickt formulierte Ausnahme- und Ersatzvorschläge ersetzt werden.</p> <p>Das hier vorliegende Änderungsverfahren zum FNPL ist deshalb wegen gravierender Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen einzustellen.</p>	<p>Mittelschule Aeschach für eine Bebauung ungeeignet.</p> <p>Der Standort wurde durch den Beschluss des Stadtrats vom 29.03.2023 zur Fortführung des Verfahrens zur Flächennutzungsplan- und Bebauungsplanänderung bekräftigt.</p> <p>Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sind nach der frühzeitigen Beteiligung abgearbeitet worden und gemäß dem Abwägungsergebnis in die Planung eingeflossen. Die Behörden haben in der förmlichen Beteiligung keine neuen Anregungen vorgebracht bzw. keine Einwände erhoben gegen die Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung.</p> <p>Der Verlust von ca. 200 Stellplätzen kann durch Errichtung von Stellplätzen auf dem Grundstück Bauhof ausgeglichen werden. Die Fortschreibung des Parkraumkonzeptes befindet sich in Aufstellung.</p>	

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
			<p>Die Planung verursacht keinen Eingriff in die bachbegleitende Auenbestockung. Für das Projekt wurde in Absprache mit der UNB ein Maßnahmenkonzept für die Gehölzflächen erstellt.</p> <p>Gemäß dem Maßnahmenkonzept Gehölzflächen Parkplatz Blauwiese von der Lindauer Baumpflege vom März 2022 werden die Gehölzbestände an der Ach sowie das Wäldchen, das sich im südlichen Bereich zwischen Ach und Parkplatz befindet, als Schutzzone definiert.</p> <p>Vorhandene Bäume auf dem Parkplatz bleiben soweit möglich bestehen und werden nach Regelwerk geschützt. Die von Bebauung freizuhaltenden Flächen können auf Flächennutzungsplanung nicht ausreichend definiert bzw. dargestellt werden. Entsprechende Festsetzungen folgen im verbindlichen Bauleitplanverfahren.</p>	

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
			<p>Eine FFH-Verträglichkeitsabschätzung liegt vor. Das Vorhaben ist nach bisheriger Planungstiefe verträglich. Die Planung der neuen Mittelschule führt nicht zu einer zunehmenden Restriktion für das FFH-Gebiet. Gemäß dem Maßnahmenkonzept vom März 2022 werden die Gehölzbestände an der Ach sowie das Wäldchen, das sich im südlichen Bereich zwischen Ach und Parkplatz befindet, als Schutzzone definiert. Diese wird durch einen ortsfesten Zaun gesichert. Zudem wird zwischen der Schutzzone und dem neuen Gebäude eine Pufferzone eingerichtet.</p> <p>Die Maßnahmen werden durch die verbindliche Bauleitplanung gesichert.</p>	

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
2.0	Einwender 2, Schreiben vom 09.09.2022	<p>Aus städtebaulicher Sicht ist die aktuelle Standortpräferenz der Mittelschule abzulehnen. Die Alternativenprüfung anderweitiger Standorte erscheint unzureichend, gerade was die Erweiterungsmöglichkeiten des bestehenden Standortes angeht. Auch anderweitig in Lage und Konfliktpotential besser geeignete Standorte wie das Bauhofgelände wurden nur aufgrund der desaströsen, und seit Jahren fehlgeleiteten Finanzpolitik der Stadt Lindau nicht als Standort in Betracht gezogen. Die Selbstnutzung für öffentliche Einrichtungen wäre sinnvoller, tatsächlich soll das Gelände aber den Stadthaushalt finanzieren (siehe Stellungnahme des BUND Naturschutz vom 07.03.2022).</p> <p>Die geplante Bebauung des präferierten Änderungsbereiches nicht mit dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) „Lindau 2030“ vereinbar. Die zu erwartende Hinderniswirkung einer potenziellen Bebauung für die bestehenden Kaltluftschneise ist gegeben. Da Kaltluft nur bodennah abfließt, stören prinzipiell bereits kleine und mittlere Barrieren den lokalen Luftaustausch.</p> <p>Die derzeitige Planung verletzt in eklatanter Weise den derzeitigen Landesentwicklungsplan (LEP) wie auch dessen Fortschreibung. Zitat: „Wir wollen zur Anpassung an den Klimawandel von Naturgefahren besonders gefähr-</p>	<p>Die Standortalternativenprüfung erfolgte in enger Zusammenarbeit mit conceptk, ein Fachbüro für pädagogische Architektur. Ziel war es einen Standort zu finden, der nicht nur die bauliche Investition, sondern auch pädagogische Anforderungen (wie z.B. Inklusion und Nachhaltigkeit) bestmöglich umsetzbar macht. Auch der Standort des ehemaligen Bauhof wurde dabei untersucht.</p> <p>Im integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Lindau werden keine Aussagen zur Entwicklung von Bildungsstandorten in Lindau getroffen.</p> <p>Gemäß den Stellungnahmen des Regionalen Planungsverbandes Allgäu als auch der Regierung von Schwaben stehen dem Bauleitplanverfahren keine landesplanerischen oder regionalen Belange entgegen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine Planänderung ist nicht erforderlich.</p>

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
		<p>dete Bereiche von der Bebauung freihalten und klimarelevante Freiflächen wie etwa Frischluftschneisen in Verdichtungsräumen sichern.“</p> <p>Im derzeitigen Entwurf der Teilfortschreibung (Stand 02.08.22) heißt es weiter:</p> <p>„Wir wollen zur Anpassung an den Klimawandel von Naturgefahren besonders gefährdete, dynamische Bereiche von Baumaßnahmen freihalten und klimarelevante Freiflächen wie etwa Frischluftschneisen in Verdichtungsräumen sichern“ und weiter „Im Zuge des Klimawandels wird eine zunehmende Häufigkeit von Hitzestress sowohl am Tag als auch in der Nacht beobachtet. Die künftige Ausgestaltung der Raum- und Siedlungsstruktur wird dabei eine immer wichtigere Rolle zur Abfederung dieses Phänomens spielen. Hierzu zählt die Freihaltung von Frischluft- und Kaltluftleitbahnen.“ Damit erscheint ohne vertiefende klimatische Beurteilung der Planungen der LEP verletzt und damit juristisch anfechtbar.</p> <p>Ebenso werden weitere relevante Dokumente wie etwa die „Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel“ ignoriert. Zitat: „Ein enger Zusammenhang zeigt sich hier zwischen Gesundheitsvorsorge und baulichen Planun-</p>	<p>Durch die Veränderung der Nutzung von Parkplatzfläche zu Gemeinbedarfsfläche ist hinsichtlich des Lokalklimas keine erhebliche Auswirkung zu erwarten. Die Funktion als Kaltluftentstehungsfläche war bei der bisherigen Nutzung gering durch die Versiegelung und Bestockung mit Bäumen.</p> <p>Ein relevanter Abfluss von Kaltluft ist nur entlang des Gefälles der Ach zu erwarten. Dieser bleibt bestehen, weil hier kein Eingriff stattfindet.</p> <p>Die Frischluftproduktion durch den Gehölzbestand im Bereich der Blauwiese bleibt durch die Ein- und Durchgrünung erhalten. Der Gehölzbestand entlang der Ach bleibt bestehen. Die weiteren Gehölze bleiben soweit möglich erhalten und werden in die Planung integriert.</p> <p>Zusammenfassend sind damit insgesamt die Belange von §1 (6) Nr. 7c („umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt“) und §1 (6)</p>	

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>gen: Geeignete Architektur sowie Stadt- und Landschaftsplanung können beitragen eine klimatisch bedingte verstärkte Aufheizung der Städte und damit Hitzestress zu lindern. Gerade in Ballungszentren sollte die Frischluftzufuhr über unverbaute Frischluftkorridore gewährleistet sein. Dies kann durch die Anlage unverbaubarer Frischluftschneisen und extensiver Grünanlagen als „Kälteinseln“ erfolgen. Städteplaner und kommunale Behörden sollten dem Trend einer weiteren Versiegelung von Freiflächen durch Siedlungs- und Verkehrsflächen entgegenwirken“ (siehe 3.2.1. Menschliche Gesundheit)</p> <p>An dieser Stelle möchte ich auch auf den Beschluss des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021 hinweisen: „Der Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit nach Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG schließt den Schutz vor Beeinträchtigungen grundrechtlicher Schutzgüter durch Umweltbelastungen ein, gleich von wem und durch welche Umstände sie drohen. Die aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG folgende Schutzpflicht des Staates umfasst auch die Verpflichtung, Leben und Gesundheit vor den Gefahren des Klimawandels zu schützen. Sie kann eine objektivrechtliche Schutzverpflichtung auch in Bezug auf künftige Generationen begründen“.</p>	<p>Nr. 14 („die ausreichende Versorgung mit Grün- und Freiflächen“) BauGB in die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes eingestellt und berücksichtigt worden.</p> <p>Bei Einhaltung der gültigen Wärmestandards und Einbau moderner Heizanlagen sind keine erheblichen Umweltauswirkungen durch Schadstoffemissionen zu erwarten. Eine geringfügige Erhöhung der Vorbelastung umliegender Gebiete ist jedoch möglich. Durch die Anordnung des geplanten Gebäudes, dessen Höhe und Gliederung, sowie den ökologischen und grünordnerischen Maßnahmen im Rahmen des Bebauungsplanes wird die Einschränkung so gering wie möglich gehalten.</p> <p>Im Rahmen des Architektenwettbewerbs wurden die Entwürfe anhand ihrer</p>	

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
			<p>guten ökologischen orientierten Eingrünung bewertet. Der Entstehung einer Hitzeinsel wird so entgegen gewirkt.</p> <p>Die Stadt Lindau ist sich ihrer Verantwortung für künftige Generationen bewusst und räumt den Aspekten des Klimaschutzes sowie des nachhaltigen Bauens einen besonderen Stellenwert ein.</p>	

2. Prüfung und Abwägung der vorgebrachten Stellungnahmen zur Behörden- und Trägerbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Die Unterlagen mit Stand vom 20.04.2022 zur Trägerbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wurden am 22.07.2022 an insgesamt 41 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange verschickt. Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Stellungnahmen bzw. Stellungnahmen ohne Einwendungen vorgebracht:

- Terranets bw, Schreiben vom 25.07.2022 (ohne Einwendungen)
- Abwasserverband Bayerischer Bodenseegemeinden, Schreiben vom 01.08.2022 (ohne Einwendungen)
- Stadtwerke Lindau (B) GmbH & Co. KG, Schreiben vom 04.08.2022 (ohne Einwendungen)
- Telekommunikation Lindau (B) GmbH, Schreiben vom 04.08.2022 (ohne Einwendungen)
- Regionaler Planungsverband Allgäu, Schreiben vom 10.08.2022 (ohne Einwendungen)
- Gemeinde Wasserburg, Schreiben vom 10.08.2022 (ohne Einwendungen)
- Gemeinde Achberg, Schreiben vom 09.09.2022 (ohne Einwendungen)

- Regierung von Schwaben, Gewerbeaufsichtsamt; Keine Stellungnahme
- Feuerwehr Lindau – Hauptfeuerwache; Keine Stellungnahme
- Technisches Hilfswerk Ortsverband Lindau; Keine Stellungnahme
- Bayerisches Rotes Kreuz Kreisverband Lindau; Keine Stellungnahme
- Landespolizeiinspektion; Keine Stellungnahme
- Deutsche Telekom Technik GmbH; Keine Stellungnahme
- Zweckverband für Abfallwirtschaft; Keine Stellungnahme
- Staatliches Bauamt Kempten; Keine Stellungnahme
- Landesbund f. Vogelschutz in Bayern e.V. Bezirksgeschäftsstelle Schwaben; Keine Stellungnahme
- Kreishandwerkerschaft; Keine Stellungnahme
- Stadtheimatpflege; Keine Stellungnahme
- Bayerischer Bauernverband; Keine Stellungnahme
- Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund GmbH; Keine Stellungnahme

- Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH; Keine Stellungnahme
- Pfarrbüro St. Stephan – Christuskirche, St. Verena-Versöhnerkirche, St. Johannes Wasserburg im Kiez; Keine Stellungnahme
- Pfarreiengemeinschaft Lindau Insel; Keine Stellungnahme
- Volkshochschule Lindau; Keine Stellungnahme
- Gemeinde Bodolz; Keine Stellungnahme
- Gemeinde Kressbronn a.B. ; Keine Stellungnahme
- Stadt Tettnang; Keine Stellungnahme
- Verwaltungsgemeinschaft Sigmarszell; Keine Stellungnahme
- Marktgemeinde Hörbranz; Keine Stellungnahme

Die vorgebrachten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden von der Stadt Lindau wie folgt geprüft und abgewogen:

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
1.0	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten , Bereich Landwirtschaft, Schreiben vom 01.08.2022	<p>Es wird auf die Stellungnahme vom 17.02.2022 verwiesen. Die dort getroffenen Aussagen und Empfehlungen sind nach wie vor zutreffen.</p> <p><u>Stellungnahme vom 17.02.2022</u></p> <p>Die im Osten und im Süden angrenzenden Flächen zu dem geplanten Standort für den Neubau der Mittelschule werden landwirtschaftlich als Obstbauplantagen genutzt.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Zufahrt kann in diesem Verfahren nicht abschaffen.</p>	Eine Planänderung ist nicht erforderlich.

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
		<p>Die Zufahrt zu den beiden Obstbaumplantagen erfolgt bislang über den Parkplatz Blauwiese. Nach Rücksprache mit den beiden Bewirtschaftern, muss diese Zufahrtmöglichkeit auch während und nach Fertigstellung der Baumaßnahme für große landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte erhalten bleiben.</p> <p>Auch bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung gehen von den landwirtschaftlichen Flächen Lärm-, Staub- und Geruchsemissionen aus.</p> <p>Aufgrund des Bestandsschutzes für die bestehende Landwirtschaft, müssen diese von den Anwohnern akzeptiert werden.</p> <p>Landwirtschaftliche Arbeiten sind stark witterungsabhängig und sind aus diesem Grund zu jeder Tageszeit, auch in den Abendstunden und am Wochenende zu dulden.</p> <p>Auch bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach guter fachlicher Praxis, dem Einsatz von verlustmindernder Ausbringungstechnik, bei Windgeschwindigkeiten unter 5 m/s, Temperaturen unter 25 Grad Celsius unter Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestabstände kann es zu Immissionen kommen.</p> <p>Um diese soweit wie möglich auszuschließen und Konflikten und Beeinträchtigungen vorzubeugen, wird empfohlen, die an den</p>	<p>schließlich geklärt werden. Im Nachgang zum städtebaulichen Wettbewerb werden die Erschließungsflächen im Rahmen des verbindlichen Bebauungsplanverfahrens geklärt.</p> <p>Die Hinweise zu den landwirtschaftlichen Emissionen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Pflanzung einer Immissionsschutzhecke (3m Breite) ist bereits in der Auslobung des Realisierungswettbewerbs vorge-</p>	

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		Grundstücksgrenzen zu den Obstbauplantagen hin, bereits vorhandene Bepflanzung mit Bäumen und Sträuchern zu erhalten bzw. zu ergänzen.	sehen und wird im Verfahren zur Bebauungsplanänderung Berücksichtigung finden.	
2.0	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten , Bereich Forsten, Schreiben vom 01.08.2022	<p>Mit dem im Rahmen der Beteiligung zur Verfügung gestellten Konzept „Maßnahmen Gehölzflächen Parkplatz Blauwiese“ der Firma Lindauer Baumpflege vom 25.03.2022 werden die Bedenken des AELF (Stellungnahme Hr. Titzler, 13.01.2022) behandelt.</p> <p>Aus forstlicher Sicht gelingt damit ein vertretbares Nebeneinander von der Erhaltung des ökologisch wertvollen Auwaldrelikts und der Schaffung der bestmöglichen Sicherheit der Besucher der neuen Mittelschule. Eine Baumfallzone braucht daher in der Planung nicht mehr ausgewiesen werden.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	Eine Planänderung ist nicht erforderlich.
3.0	Landratsamt Lindau , Bereich Immissionsschutz, Schreiben vom 03.08.2022	<p>1. Sachverhalt</p> <p>Zu der o.g. 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lindau wurde bereits mit Schreiben vom 27.01.2022 aus immissionsschutztechnischer Sicht Stellung genommen. Darin wurde gefordert, im Umweltbericht auf die bestehenden Nutzungskonflikte durch die Straßenverkehrslärmimmissionen der Reutiner Straße und die Pestizidimmissionen der angrenzenden Intensivobstbauflächen hinzuweisen und Lösungsmöglichkeiten im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung darzustellen.</p>		Eine Planänderung ist nicht erforderlich.

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>Entgegen der ursprünglichen Planung ist die im südlichen Teil geplante Verkehrsfläche „öffentlicher Parkplatz“ entfallen. Der gesamte Änderungsbereich soll nun als Fläche für Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung Schule ausgewiesen werden. Die Konzeption für den Neubau der geplanten Mittelschule ist gegenüber der Stellungnahme vom 27.01.2022 unverändert.</p> <p>Aufgrund der geplanten Nutzung wird der Fläche für Gemeinbedarf der Schutzanspruch eines allgemeinen Wohngebietes zugeordnet.</p> <p>tagsüber/nachts 55/45 bzw. 40 dB(A).</p> <p>Die Nachtzeit beginnt um 22.00 Uhr und endet um 6.00 Uhr. Bei zwei angegebenen Nachtorientierungswerten soll der höhere Wert zur Beurteilung von Verkehrslärmimmissionen herangezogen werden</p> <p>2. Immissionssituation</p> <p>Den vorliegenden Unterlagen zur Flächennutzungsplanänderung liegt eine Schalltechnische Untersuchung der Fa. Bekon vom 07.12.2021 bei. In dieser Untersuchung werden sowohl die vom Planungsgebiet ausgehenden Immissionen auf die Umgebungsbebauung als auch die auf das Planungsgebiet einwirkenden Immissionen untersucht.</p>		

Seite 19 von 32

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>prognostizierte Laufbahn und der Pausenhof befinden. Sie sind im Lageplan nicht dargestellt. Eine schalltechnische Prognose der Lärmimmissionen der geplanten Schule ist erst dann sinnvoll und aussagekräftig, wenn eine konkrete Planung mit Nutzungskonzept vorliegen.</p> <p>2.2. Auf das Planungsgebiet einwirkende Straßenverkehrslärmimmissionen</p> <p>Unter Berücksichtigung</p> <ul style="list-style-type: none"> einer für das Jahr 2035 prognostizierten durchschnittlichen täglichen Verkehrsstärke von 10.080 Kfz/24h auf der Reutiner Straße einer maßgeblichen stündlichen Verkehrsstärke für das Jahr 2035 auf der Reutiner Straße von tagsüber/nachts 580/101 Kfz/h einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h keiner Zuschläge für die Straßenoberfläche oder Steigung einer ungehinderten freien Schallausbreitung und <p>die Schallabnahme über die Entfernung ergibt sich gemäß dem Prognosemodell der RLS-19 nach den Ergebnissen der o.g. schalltechnischen Untersuchung erst in einem Abstand von ca. 60 m zur Fahrbahnmitte der Reutiner Straße eine Einhaltung des Tagesorientierungswertes von 55</p>	<p>Die schalltechnische Prognose wird im Zuge der verbindlichen Bauleitplanung weiter konkretisiert und ein entsprechendes Gutachten erstellt.</p>	

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>dB(A). Die zum Lüften erforderlichen Fensteröffnungen schützenswerter Räume (z.B. Unterrichtsräume, Büros) sollten deshalb den o.g. Mindestabstand einhalten. Bei einer Unterschreitung des o.g. Mindestabstandes sind passive Schallschutzmaßnahmen erforderlich (z.B. ausreichende bewertete Schalldämmmaße der Außenbauteile in Verbindung mit einer technischen Lüftungsanlage).</p> <p>Der bestehende Nutzungskonflikt durch die Straßenverkehrslärmimmissionen wurde auch bereits in der immissionsschutztechnischen Stellungnahme vom 27.01.2022 dargestellt.</p> <p>In Nr. 2.2.3.8 des Umweltberichtes wird auf den bestehenden Nutzungskonflikt hingewiesen und ergänzt, dass der Nutzungskonflikt im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung durch immissionsschutztechnische Festsetzungen (z.B. Einhaltung ausreichender Abstände, passive Schallschutzmaßnahmen) zu lösen ist.</p> <p>2.3. Luftverunreinigende Immissionen</p> <p>Bzgl. der Einwirkung von Pestizidimmissionen durch die angrenzenden Intensivobstbauflächen auf das Planungsgebiet wird auf die Ausführungen in Nr. 2.2 der immissionsschutztechnischen Stellungnahme vom 27.01.2022 verwiesen.</p>	Hinweise werden zur Kenntnis genommen.	

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
		<p>In Nr. 2.2.3.10 des Umweltberichtes wird auf den bestehenden Nutzungskonflikt hingewiesen und ergänzt, dass der Nutzungskonflikt im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung durch immissionsschutztechnische Festsetzungen (z.B. Errichtung einer Immissionsschutzhecke) zu lösen ist.</p> <p>2.4. Abfalltechnik</p> <p>Nach dem orientierenden abfalltechnischen Bericht der Dr. Ing. Georg Ulrich Geotechnik GmbH vom 08.12.2021, ist aufgrund der durchgeführten Untersuchungen mit Bodenaushub der Qualitätsstufe Z O bis Z 1.2 nach dem Leitfaden zum Eckpunktepapier „Verfüllung von Gruben, Brüchen und Tagebauen“ zu rechnen. Für Teilmengen ist deshalb ein offener Einbau nur unter günstigen hydrogeologischen Voraussetzungen zulässig. Aufgrund der Ergebnisse der durchgeführten Untersuchung ist anfallender Bodenaushub zu Haufwerken aufzusetzen, zu beproben und nach abfalltechnischer Deklaration einer geeigneten Verwertung zuzuführen.</p> <p>In Nr. 2.2.3.3 des Umweltberichts wird ausgeführt, dass eine Haufwerksbeprobung nur erforderlich ist, wenn deutlich sichtbare Verunreinigungen/Verfärbungen auftreten. Das ist jedoch aufgrund der Ergebnisse der Voruntersuchung nicht ausreichend.</p>	<p>Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>	

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
		<p>3. Beurteilung</p> <p>Aus Sicht des Immissionsschutzes bestehen gegen die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lindau im Bereich „Auffangparkplatz Blauwiese“ dann keine Bedenken, wenn nachstehende Maßgabe bei der weiteren Planung berücksichtigt wird:</p> <p>3.1 Nr. 2.2.3.3 zweiter Spiegelstrich des Umweltberichtes ist wie folgt neu zu fassen:</p> <p>„Die durch die Dr.-Ing. Georg Ulrich Geotechnik GmbH durchgeführten Bohrungen wurden auch abfalltechnisch untersucht und bewertet (siehe orientierender abfalltechnischer Bericht vom 08.12.2021). Aufgrund der im Boden festgestellten Schadstoffgehalte in den Qualitätsstufen von Z 0 bis Z 1.2 (LVGBT) ist für Teilmengen ein offener Einbau nur unter günstigen hydrogeologischen Voraussetzungen zulässig. Anfallender Bodenaushub ist deshalb zu Haufwerken aufzusetzen, zu beproben und nach abfalltechnischer Deklaration einer auf die Belastung ausgerichteten Verwertung zuzuführen. Treten im Zuge des Aushubs abweichende zu den beschriebenen Verhältnissen (z.B. deutlich sichtbare Verunreinigungen/Verfärbungen) auf, ist das Material zu separieren, ebenfalls zu einem Haufwerk aufzusetzen und erneut zu beproben.“</p>	<p>Die Ausführungen der Immissionsschutzbehörde werden in den Umweltbericht des Bebauungsplanes aufgenommen.</p>	

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
		Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung sind entsprechende Hinweise aufzunehmen.“		
4.0	Regierung von Schwaben , Schreiben vom 18.08.2022	<p>Dem o.g. Bauleitvorhaben stehen landesplanerische Belange nicht entgegen.</p> <p>Das Regierungssachgebiet Städtebau gibt folgenden Hinweis: Die vorliegende Bauleitplanung tangiert Grundzüge des Freiraumkonzeptes 2030 der Stadt Lindau. In ihrer Begründung verweist die Stadt darauf, dass die geplante Neuerrichtung einer Schule bei einer entsprechenden Ausformung des Baukörpers und einer ökologisch ausgerichteten Freiflächengestaltung mit den Zielen des Freiraumkonzeptes vereinbar ist. Den Bauleitplanunterlagen ist bislang nicht zu entnehmen, wie dies konkret umgesetzt werden soll. Es wird daher gebeten, zu prüfen, wie durch ein entsprechend ergänzendes Planzeichen bereits im Flächennutzungsplan gekennzeichnet werden kann, dass auf dem Areal die Zeile des Freiraumkonzeptes umgesetzt werden sollen.</p>	<p>Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung werden im Bebauungsplan Maßnahmen zur Grünordnung festgesetzt. Hierzu zählt auch die Eingrünung des Schulgebäudes. Dadurch wird ein gutes Einfügen der Schulbauten sowie eine ökologische Freiflächengestaltung sichergestellt.</p> <p>Auf ein zusätzliches Planzeichen wird aus Gründen der Lesbarkeit verzichtet.</p>	Eine Planänderung ist nicht erforderlich.
5.0	Wasserwirtschaftsamt Kempten , Schreiben vom 02.08.2022	<p>gegenüber der o.g. FNP-Änderung (<u>Fassung vom 20.04.2022</u>) bestehen aus wasserwirtschaftlicher Sicht <u>keine grundsätzlichen Einwände</u>.</p> <p>Die Inhalte unserer bisherigen Stellungnahme vom 09.02.2022 gelten weiterhin.</p>		Eine Planänderung ist nicht erforderlich.

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p><u>Die Punkte Nr. „1. Altlasten und Bodenschutz“, „2. Grundwasserschutz und Wasserversorgung“ und Nr. „4. Gewässerschutz und Abwasserbeseitigung“ ergänzen wir wie folgt:</u></p> <p>1. Altlasten und Bodenschutz Lt. „Orientierendem abfalltechnischem Bericht“ des Büros Ulrich Geotechnik GmbH wurden z.B. in der Mischprobe MP 1 u.a. Belastungen mit PAK und Benzoapyren festgestellt, die eine landwirtschaftliche Verwertung des betroffenen Bodenaushubs nicht zulassen. Wie vom Gutachter vorgeschlagen, empfehlen auch wir aufgrund der zu erwartenden punktuellen Belastungen, den anfallenden Bodenaushub unter fachgutachterlicher Begleitung nach Haufwerken zu beproben, um diesen einer bodenschutzrechtlich und abfallrechtlich adäquaten Verwertung zuzuführen.</p> <p>2. Grundwasserschutz und Wasserversorgung Aufgrund des zu erwartenden hohen (und lt. Geotechnischem Gutachten, S. 14 bei 1,75 m u. GOK nachgewiesenen) Grundwasserspiegel und dessen vermuteter Korrespondenz mit Hochwässern in der Oberreitnauer Ach empfehlen auch wir dringend, ein etwaiges Untergeschoss auftriebssicher und dicht als „Weiße Wanne“ auszuführen, bzw. gänzlich auf ein Untergeschoss zu verzichten. Gleiches gilt für die Ausführung der Bodenplatte samt den aufgehenden Wänden, sollte hier der erforderliche Mindest-</p>	<p>Die Hinweise zu den Altlasten werden zur Kenntnis genommen. Die Hinweise werden im verbindlichen Bauleitplanverfahren aufgenommen.</p> <p>Die Hinweise zum Grundwasserschutz werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der weiteren Planungen berücksichtigt.</p>	

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>Sicherheitsabstand von 0,5 m zum maximalen Grundwasserstand nicht eingehalten werden können.</p> <p>Die im Geotechnischen Gutachten ebenfalls erwähnte Möglichkeit der Tiefgründung mittels Ortbeton-Bohrpfählen oder Fertigrampfpfählen, die knapp 20 m tief ins Grundwasser einbinden, stellt eine Gewässerbenutzung dar, für die eine wasserrechtliche Erlaubnis beim Landratsamt Lindau zu beantragen wäre.</p> <p>4. Gewässerschutz und Abwasserbeseitigung – Ergänzung zum Niederschlagswasser</p> <p>Der Empfehlung im Geotechnischen Gutachten S. 10, mittels eines Sickerversuchs in einem Baggerschurf die tatsächliche Sickerfähigkeit des Untergrunds experimentell zu ermitteln, schließen wir uns an. Bei ausreichender Dimensionierung einer Versickerungsanlage ist davon auszugehen, dass zumindest ein Teil des anfallenden Niederschlagswassers einer Versickerung zugeführt werden kann, ohne dass der erforderliche Minimalabstand zum Grundwasserspiegel von 1 m unterschritten wird. Zu beachten wäre ferner der Nachweis der Schadlosigkeit einer Durchsickerung der oberen Bodenschichten, bzw. ein Bodenaustausch im Bereich einer geplanten Versickerungsanlage.</p>	<p>Die Hinweise zum Gewässerschutz werden zur Kenntnis genommen.</p>	

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
6.0	Bayerisches Amt für Denkmalpflege, Schreiben vom 05.09.2022	<p>Bodendenkmalpflegerische Belange:</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass eventuell zu Tage tretende Bodendenkmäler der Meldepflicht an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege oder die Untere Denkmalschutzbehörde gemäß Art. 8 Abs. 1-2 BayDSchG unterliegen.</p> <p>Art. 8 Abs. 1 BayDSchG:</p> <p>Wer Bodendenkmäler auffindet ist verpflichtet, dies unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Landesamt für Denkmalpflege anzuzeigen. Zur Anzeige verpflichtet sind auch der Eigentümer und der Besitzer des Grundstücks sowie der Unternehmer und der Leiter der Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben. Die Anzeige eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Nimmt der Finder an den Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben, aufgrund eines Arbeitsverhältnisses teil, so wird er durch Anzeige an den Unternehmer oder den Leiter der Arbeiten befreit.</p> <p>Art. 8 Abs. 2 BayDSchG:</p> <p>Die aufgefundenen Gegenstände und der Fundort sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige unverändert zu belassen, wenn nicht die Untere Denkmalschutzbehörde die Gegenstände vorher freigibt oder die Fortsetzung der Arbeiten gestattet. Treten bei o. g. Maßnahme Bodendenkmäler auf, sind diese</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.	Eine Planänderung ist nicht erforderlich.

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
		<p>unverzüglich gem. o. g. Art. 8 BayDSchG zu melden und eine Abstimmung mit der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege vorzunehmen. Ein Mitarbeiter des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege führt</p> <p>anschließend die Denkmalfeststellung durch. Die so identifizierten Bodendenkmäler sind fachlich qualifiziert aufzunehmen, zu dokumentieren und auszugraben. Der so entstandene denkmalpflegerische Mehraufwand wird durch die Beauftragung einer fachlich qualifizierten Grabungsfirma durch das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege übernommen.</p> <p>Die Untere Denkmalschutzbehörde erhält dieses Schreiben per E-Mail mit der Bitte um Kenntnisnahme. Für allgemeine Rückfragen zur Beteiligung des BLfD im Rahmen der Bauleitplanung stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung.</p>		
7.0	Industrie- und Handelskammer , Schreiben vom 06.9.2022	<p>Aus Sicht der IHK ist es wichtig, dass ausreichend Parkplätze für Besucher von Lindau zur Verfügung stehen. Die Kapazitäten des derzeitigen Parkplatzes „Blauwiese“ werden durch den geplanten Schulbau stark eingeschränkt. Da derzeit allerdings parallele Planungen zur Realisierung weiterer Parkmöglichkeiten fortschreiten, sind aus unserer Sicht keine negativen Auswirkungen des vorgelegten Planvorhabens auf die Besucherattraktivität der Stadt Lindau zu erwarten.</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.	Eine Planänderung ist nicht erforderlich.

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
8.0	Bund Naturschutz in Bayern e.V.	<p>Wir verweisen auf unsere Stellungnahme vom 07.03.2022 und die ergänzende Anfrage vom 14.03.2022 und bleiben bei unserer vorausgegangenen Ablehnung.</p> <p>Begründung: Durch die FNP-Änderung des neu auszuweisenden Gebietes und einer potenziellen Bebauung, geht die derzeit vorhandene Pufferwirkung zum angrenzenden FFH Gebiet 8424-371-01 Laiblach und Oberreitnauer Ach verloren. Damit ist eine Beeinträchtigung und Verschlechterung des angrenzenden FFH-Gebietes zu erwarten, bzw. kann zumindest nicht ausgeschlossen werden. Wir verweisen hierbei auf die detaillierte Stellungnahme der UNB vom 17.02.22.</p> <p>Aus städtebaulicher Sicht ist die aktuelle Standortpräferenz der Mittelschule abzulehnen. Die Alternativenprüfung anderweitiger Standorte erscheint unzureichend, gerade was die Erweiterungsmöglichkeiten des bestehenden Standortes angeht. Auch anderweitig in Lage und Konfliktpotential besser geeignete Standorte wie das Bauhofgelände wurden nur aufgrund der desaströsen, und seit Jahren fehlgeleiteten Finanzpolitik der Stadt Lindau nicht als Standort in Betracht gezogen. Die Selbstnutzung für öffentliche Einrichtungen wäre sinnvoller, tatsächlich soll das Gelände</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine FFH-Verträglichkeitsabschätzung liegt vor. Das Vorhaben ist nach bisheriger Planungstiefe verträglich. Der Bereich der Ach mit ihren Uferflächen (FFH-Gebiet und angrenzende Pufferzone) wird von der Planung nicht berührt.</p> <p>Gemäß dem Maßnahmenkonzept Gehölzflächen Parkplatz Blauwiese von der Lindauer Baumpflege vom März 2022 werden die Gehölzbestände an der Ach sowie das Wäldchen, das sich im südlichen Bereich zwischen</p>	Eine Planänderung ist nicht erforderlich.

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>aber den Stadthaushalt finanzieren (siehe unserer Stellungnahme vom 07.03.2022).</p> <p>Die geplante Bebauung des präferierten Änderungsbereiches nicht mit dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) „Lindau 2030“ vereinbar. Die zu erwartende Hinderniswirkung einer potenziellen Bebauung für die bestehenden Kaltluftschneise ist gegeben. Da Kaltluft nur bodennah abfließt, stören prinzipiell bereits kleine und mittlere Barrieren den lokalen Luftaustausch. Die derzeitige Planung verletzt in eklatanter Weise den derzeitigen Landesentwicklungsplan (LEP) wie auch dessen Fortschreibung. Zitat: „Wir wollen zur Anpassung an den Klimawandel von Naturgefahren besonders gefährdete Bereiche von der Bebauung freihalten und klimarelevante Freiflächen wie etwa Frischluftschneisen in Verdichtungsräumen sichern.“</p> <p>Im derzeitigen Entwurf der Teilfortschreibung (Stand 02.08.22) heißt es weiter:</p> <p>„Wir wollen zur Anpassung an den Klimawandel von Naturgefahren besonders gefährdete, dynamische Bereiche von Baumaßnahmen freihalten und klimarelevante Freiflächen wie etwa Frischluftschneisen in Verdichtungsräumen sichern“ und weiter</p> <p>„Im Zuge des Klimawandels wird eine zunehmende Häufigkeit von Hitzestress sowohl am Tag als auch in der Nacht beobachtet. Die künftige Ausgestaltung der Raum- und Siedlungsstruktur</p>	<p>Ach und Parkplatz befindet, als Schutzzone definiert und somit in ihrem Bestand gesichert. Diese Schutzzone soll durch einen ortsfesten, 2 Meter hohen Zaun eingezäunt und somit vor Betretung geschützt werden. Innerhalb der Schutzzone finden zum Schutz der bestehenden Nutzungen – wie in der Vergangenheit – Baumpflegemaßnahmen für die Verkehrssicherheit statt. Ziel ist einen stabilen Baumbestand zu etablieren. Vor allem im nördlichen Bereich sollen in Absprache mit der UNB auch Nachpflanzungen vorgenommen werden. Das Konzept empfiehlt, zwischen der Schutzzone und</p>	

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
		<p>wird dabei eine immer wichtigere Rolle zur Abfederung dieses Phänomens spielen. Hierzu zählt die Freihaltung von Frischluft- und Kaltluftleitbahnen.“ Damit erscheint ohne vertiefende klimatische Beurteilung der Planungen der LEP verletzt und damit juristisch anfechtbar.</p> <p>Ebenso werden weitere relevante Dokumente wie etwa die „Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel“ ignoriert. Zitat:“ Ein enger Zusammenhang zeigt sich hier zwischen Gesundheitsvorsorge und baulichen Planungen: Geeignete Architektur sowie Stadt- und Landschaftsplanung können beitragen eine klimatisch bedingte verstärkte Aufheizung der Städte und damit Hitzestress zu lindern. Gerade in Ballungszentren sollte die Frischluftzufuhr über unverbaute Frischluftkorridore gewährleistet sein. Dies kann durch die Anlage unverbaubarer Frischluftschneisen und extensiver Grünanlagen als „Kälteinseln“ erfolgen. Städteplaner und kommunale Behörden sollten dem Trend einer weiteren Versiegelung von Freiflächen durch Siedlungs- und Verkehrsflächen entgegenwirken“ (siehe 3.2.1. Menschliche Gesundheit)</p> <p>An dieser Stelle möchten wir auch auf den Beschluss des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021 hinweisen: „Der Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit nach Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG schließt den Schutz vor</p>	<p>der neuen Nutzung</p> <p>„Schulstandort“ einen Pufferstreifen mit Gehölzen (Pflanzung und Förderung von Harthölzern), der mindestens 8 Meter breit ist, vorzusehen. Dieser Pufferstreifen dient der Eingrünung, dem Schutz des FFH-Gebietes und Wäldchens und kann die Windwurfgefahr für die Weichhölzer an der Ach reduzieren.</p> <p>Durch die verbindliche Bauleitplanung (Bebauungsplan) werden die Maßnahmen des Konzeptes gesichert.</p> <p>Die Ziele des Landesentwicklungsplanes werden nicht verletzt.</p>	

Nr.	Name / Datum	Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		Beeinträchtigungen grundrechtlicher Schutzgüter durch Umweltbelastungen ein, gleich von wem und durch welche Umstände sie drohen. Die aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG folgende Schutzpflicht des Staates umfasst auch die Verpflichtung, Leben und Gesundheit vor den Gefahren des Klimawandels zu schützen. Sie kann eine objektivrechtliche Schutzverpflichtung auch in Bezug auf künftige Generationen begründen“.	Zusammenfassend sind damit insgesamt die Belange von §1 (6) Nr. 7c („umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt“) und §1 (6) Nr. 14 („die ausreichende Versorgung mit Grün- und Freiflächen“) BauGB in die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes eingestellt und berücksichtigt worden.	

3. Planänderung

Aufgrund der vorgebrachten Stellungnahmen zur Öffentlichkeitsbeteiligung und zur Trägerbeteiligung müssen keine Planänderungen und -ergänzungen gegenüber dem Entwurf zum Flächennutzungsplan mit Stand vom 20.04.2022 vorgenommen werden.